

Deutschland besteht auf hohen Zinszahlungen Griechenlands

Das Internetportal der Zeitung berichtete am Dienstag:

Die Griechen verlieren offenbar das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, die Finanzprobleme des Landes zu lösen. Devisenanalysten der Commerzbank verwiesen auf Zahlen der Bank of Greece, wonach Einlagen inländischer Anleger im Januar und Februar im Vergleich zum Dezember gefallen sind, erstmals seit dem Eintritt in die Währungsunion 2001. Der Abfluß belief sich auf acht Milliarden Euro, was rund vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht.

Auch an Finanzmärkten schwindet das Vertrauen. (...) - der schuldengeplagte Staat muß derzeit sogar mehr Zinsen zahlen als viele Schwellenländer: (...) Die zunehmend verzweifelten Versuche der Griechen, frisches Geld aufzutreiben, belasteten am Dienstag erneut den Euro. (...)

Wie Unterstützung für das Land konkret aussehen würde, ist allerdings unklar. Deutschland streitet derzeit nach Informationen der Financial Times mit anderen Mitgliedern der Euro-Zone darüber, wieviel Zinsen Athen im Ernstfall zahlen soll. Die meisten Euro-Länder wollten den Hellenen laut EU-Kreisen Kredite mit Zinsen von vier bis 4,5 Prozent anbieten. Das ist die Rate, die andere hochverschuldete Euro-Staaten wie Irland und Portugal zahlen - und die Griechenland für sich einfordert. Deutschland hingegen pocht demnach darauf, daß der Staat 6 bis 6,5 Prozent zahlt und damit soviel, wie derzeit auf seine zehnjährigen Staatsanleihen fällig sind. (...) Die hohen Renditen, die Athen am Markt zahlt, drohen die Bemühungen um die Sanierung der Staatsfinanzen zu untergraben. (...)

<https://www.jungewelt.de/artikel/142451.deutschland-besteht-auf-hohen-zinszahlungen-griechenlands.html>